

Vorrede



Weltanschauung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Verlagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur: Hans A. Mendelssohn, Druck: J. H. Schöndel, Maukstraße 10, Berlin, Telephon 2400. Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Parasprech-Zentrale Ullstein, Am Dönhofs 7 3600-3605 für den Fernverkehr Am Dönhofs 3606-3608, Telegramm-Adresse: Ullstein, Berlin, Postfachkonto Berlin 600.

Schwarzrote Koalition?

Von Karl Lohm,

Beziehungsleiter der „Vossischen Zeitung“

Wien, 6. Dezember

Die logische Folge der Wahl von Wilhelm Miklas zum Bundespräsidenten müßte jene Ende der Koalition der Christlich-Sozialen, Christlich-Sozialen-Landbündler, Beginn einer Koalition der Christlich-Sozialen-Sozialdemokraten sein. Aber die Logik hat mit dem Hauptziel des österreichischen Kampfes wenig zu tun; es war ein großer Zufall zur schwarzroten Koalition, wenn auch der Weg bis dahin noch mühselig erhellte. Der schwarze Bundeskanzler Seipel und der rote Bürgermeister Gsch, schloßten sich erst nach der Wahl Miklas die Hand. Mit dem 5. Dezember hat sich einiges in Oesterreich geändert.

Zunächst steht man vor der unangenehmen Tatsache, daß die Christlich-Sozialen Partei eine wesentliche Wandlung durch zu verzeichnen hat. Der Bundespräsident ist nach der Verfassung zwar nur mit endgültigen Mission ausgestattet, aber wenn der Bundeskanzler der gleichen Partei angehört, kann das Zusammenwirken richtig fraglich werden. Miklas war der Mann von Onobden Dr. Seipel und wenig es werden.

Der scheidende Bundespräsident Dr. Seipel ist gebürtig aus der freischillerischen Demokratie und gab dem in Parlament nicht vertretenen Bürgertum, dazu Großgewerbetlichen, Landbündlern und nicht zuletzt Sozialdemokraten die Gewähr, daß an der höchsten repräsentativen Stelle ein Mann von überparteilichen Willen fände, jaweil im letzten, aber doch fühlbaren Gegenatz zu gewissen Mißverständnissen der Großen der Christlich-Sozialen Partei.

Wenn Großgewerbetliche und Landbündler, die zusammen nur eine schwache Mindergruppe bilden, sich mit gefälliger Aufopferung der Kandidatur Miklas' entgegenstellten, geschah es in der Befürchtung einer fortgesetzten Klerikalisierung, die Dr. Seipel gleichwohl betrieb. Es ist oft gesagt worden, daß der Bundeskanzler in erster Linie der Mann der Richtigkeit sei, ein österreichischer Willen, der in Oesterreich wesentlichen Maßstab in der Politik an das unteilbare apolitische römische Reich zurückzuführen will. Richtig ist, daß Seipel in seiner jüngsten Kammerrede nicht so unklar, als er lag, daß Oesterreich, vom katholischen Standpunkt gesehen, eine „unvergleichlich mühselige Kraft“ darstelle, daß das Vatikan eine Jahrhundert alte Tradition an Oesterreich bilde. Eine große Minderheit, aber doch nur eine Minderheit, bent so in Oesterreich. Wären die durch so viel Unfähigkeit ausgezeichneten Großindustriellen hatt des für die Sozialdemokraten „antiquarischen Volkspolitiker Miklas' einen anderen Kandidaten aufgestellt, Miklas, der „Aristokrat Parteiemann“, wäre nicht durchgegangen.

Was konnte die Sozialdemokraten, die in der Bundesversammlung nur drei Stimmen weniger als die Christlich-Sozialen aufbrachten, veranlassen, dem „Schwarzen“ Ausbau in Oesterreich eine solche Unterstützung zu gewähren? Spüren sie nicht, daß Dr. Seipel das Bundesoberste von einem Vertreter vermandet, daß mehr und mehr die künftigen Organe zu Ruh und Ruhm der Richtigkeit gerumpelt werden? Die Ursache der Entzweiung wurde am Nationalkongress vor dem Ständehaus abgenommen; Dr. Seipel verknüpfte in Salzburg die Begründung einer katholischen Universität, ohne nicht nach gefälliger Vorführung zu fragen; überall wird Begründung der konfessionellen Schule und Refrustration der Beamtenschaft festgehalten. Hierzu kommt die Fackel mit dem brennenden Schwärzen.

Der großdeutsche Abgeordnete Glesin antwortete auf die Salzburg'sche Fragebogen Dr. Seipels über die Fortschritt des Nationalkongresses im Sinne „Miklas' den Kulturkampf, so soll er ihn haben.“ Über Großgewerbetliche und Landbündler muß sich Miklas zwischen zwei Stühle stellen. Schwach, wie sie sind, mußten sie sich entweder für die Richtigkeit oder für die Rechte entscheiden. Aber beide vor den Kopf zu stoßen, war der Dämon der Unfähigkeit. Die Christlich-Sozialen hatten die Großindustriellen auf die Einzelstühle gesetzt und ihnen 12 Mandate gestiftet, wo sie allein bei dem beschriebenen Maßstab wohl fünfzig eintragen hätten. Sie haben zwar fünf Mandate in der Regierung Seipel und müssen, wenn es zu Neuwahlen käme, würden sie auch ohne schwarzrote Koalition gedrückt werden.

Damit rechneten eben die Sozialdemokraten! Sie haben die Wahl von Miklas ermöglicht. Der Groß Dr. Seipel gegen die großindustriellen Begehrenen wird sich fühlbar machen. Die Mittelparteien werden ganz verschwinden, das rechte Zentrum in der Partei wird kommen, dem die links-ungelungenen, aber durch Schwarz den Gewinn bringend. Unerreichte Klerikalisierung wird Oesterreich nicht ertragen. Um so besser, je redner die Sozialisten, wenn Dr. Seipel sie verliert. Vielleicht auch denken sie an eine Wählstellung: Die das Land, und die Stadt. Ein Aufbruch,

unverfänglich, abträglich ein- gefunden Entlassung dieses armen Landes, das in dem Parteienkampf immer mehr zerfallen muß. Da die Sozialdemokraten sich ihres Ertriches werden freuen dürfen, wird die Gattung leben. Der Verion Miklas' ist dabei fast bedeutungslos. Seine Wahl ist nur ein Kompliment mehr für die Kleinigkeit, diesen Anstandsstand aus der Unfreiheit zu führen, denn weiter herauszuheben und Oesterreich der großindustriellen Geschäftsgemeinschaft teilhaftig werden zu lassen, auch wenn Aridide Brandt heute als Abvokat der weltlichen Macht des Vatikan auftritt, bloß um den Anhängselgebeten zu belästigen.

Streit um Schober

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

Wien, 6. Dezember

Im Parlamentsgebäude herrschte heute große Erregung unter den Abgeordneten, die sich besonders im Budgetausschuß bemerkbar machte. Als der Sozialist Dr. Bauer zu Worte gelangte, war er den Oesterreichern in der Frage der Wegänderung einen Unfall vor. Der Großgewerbetliche Dr. Dampel unterbrach ihn: „Sie haben nach der Präsidentenwahl am allerwenigsten von einem Unfall zu reden.“

Der Vertrag mit Hamburg „Als ob keine Landesgrenzen wären“

Hamburg, 6. Dezember

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

Die Bildung einer Hafengemeinschaft zwischen Preußen und Hamburg bildet das Kernproblem des Staatsaufkommens. Ministerpräsident Braun unterschrieb heute vormittag mit dem Hamburger Senat eine vorläufige Fahrt durch die sämtlichen Häfen Hamburgs und Harburgs. Auf Rückweg der neue Ministerpräsident des Reichs-Kandidaten befristigt. Auf dem Hamburger Staatsdampfer ging es dann nach der Altonaer Seite. Die Einladung der Reichs-Altona land mittags in dem kleinen Fernverkehr des ehemaligen Seehafen, der jetzt der Stadt gehört, ein freudig hall, bei dem Oberbürgermeister Bauer die Gäste begrüßte und die weittragende Bedeutung des Staatsaufkommens betonte, den Altona aus vollen Bergen zulohnte. Es antworteten Ministerpräsident Braun und Bürgermeister Dr. Petersen. Der Staatsvertrag, dessen Abdruck gestern verläufig wurde, erklärt die Verantwortlichkeit beider Regierungen, die für eine einheitliche Entwicklung des Wirtschaftsbereichs an der Untersee erforderlichen Maßnahmen in gemeinsamer Arbeit zu treffen, „als ob Landesgrenzen nicht vorhanden wären“. Aber die Hauptprobleme, die Staatswirtschaft, die Landesplanung und Siedlung sowie die Verkehrserschließung wurde folgendes vereinbart:

Zur Bildung einer Hafengemeinschaft

Soll aus den Hafengebieten von Hamburg, Harburg-Wilhelmsburg und Altona ein einheitlicher Gesamthafen gebildet werden. Dazu sind folgende Einzelabkommen in Aussicht genommen:

Gleiche Anseelung der Hafenanlagen, insbesondere des Hafengebäudes und der Kohlen-, Unschlamm- und Kaperier-Anlagen, einheitliche Festanordnungen und gleichmäßige Handhabung der Zollverfahren, ferner Vereinheitlichung der Schiffs- und Warenverkehrsbestimmungen, als wichtiger Punkt auch ein Zusammenarbeiten der Häfenbetreiber überhand, die unmittelbar nebeneinander an der Östereis liegenden Hamburger Fischmattre St. Pauli und der Altonaer Fischmattre sich schärfste Konturrenz gemacht, dazu kam nach der Wettbewerb, der allen Häfen schädliche, ohne der Verbesserung der deutschen Verkehrsverhältnisse mit feldigen Schiffen nicht dienen zu können.

Ferner soll ein Hafen-Vertrag für das gesamte Hafengebiet eingerichtet werden. Wichtig ist auch, daß über den Hafenvertrag auf der Untersee, auf dessen Mängel bei der Staatsfahrt von dem Dampfer „Königin Luise“ bei dem Eisenwerke die Wände gelaut wurden, ein Abkommen getroffen werden soll. Der Kernpunkt des Hafenaufkommens bildet die Vereinbarung, daß für den Bau neuer Häfen westlich des Elbarmes Köhlsch, also im den von aus bereits gekennzeichneten für die Salzenerweiterung ausweichenden Gebiete, in Fühlungnahme mit der allgemeinen Landesplanung gemeinschaftlich ein Plan für die Fischerei-

Sicherung erwiderte Bauer: „Mit Leuten, die einen neunzig-jährigen Arbeiterkörper zum Präsidenten machen wollen, rede ich nicht.“ Schober, ein erfahrener Kämpfer und Beteiligter, und den wollen Sie zum Präsidenten machen wollen.“

Ministerpräsident Dampel: „So rede ich nur, weil Sie immer sind. Überlassen Sie sich nur, ihm das ins Gesicht zu sagen, das ist eine Frechheit.“

Der Vorsitzende Reumer konnte nur mit Mühe das Schimpf-Lament zum Schweigen bringen.

Der Ausbaur hat schließlich die Oesterreichern an, wonach den Preußen zu Verhandlungen zu. In einem Monatsabstande ansichtsrecht werden sollen, und lebte eine sozialdemokratischen Antrag auf Zahlung eines vollen Monatslohns, ab.

Der Finanzminister wird im Nationalrat für 1929 weitere Zugeständnisse an die Beamten in Aussicht stellen. Dem Druck der Großindustriellen folgend, hat den Sozialdemokraten besondere Entschlossenheit gezeigt werden. Es wird jedoch bekannt, daß die Hoffnungen der niedrigen passiven Reichstagen noch verhalten werden.

Es gingen im Parlament darüber, daß die Großindustriellen aus der Koalition austreten und ihre Minister aus der Regierung Seipel zurückgezogen würden. Diese Gerüchte dürften sich jedoch als unrichtig erweisen.

aufstellung ausgehelt werden soll. Als Sicherung dafür wird vereinbart, daß in diesem Hafenerweiterungsgebiete von beiden Seiten keine Anlagen geschaffen werden dürfen, die der späteren Verwendung des Gebietes zu Hafenanlagen zuwiderlaufen.

Von einer partiell zu gründenden Hafengemeinschaft soll ferner der Pan und Betrieb von Hafenanlagen in den überseeischen preussischen Elbe-Häfen Rattow, Bohlsdorf, Wesshof und dem Hafenerweiterungsgebiet veranlaßt werden. Einzelfall im Gebiet der Hafengemeinschaft wird der Hafenerweiterung diesen Industrie-Betriebe nur nach Übereinstimmung angelegt werden.

Die Form der Hafengemeinschaft

Sehr bemerkenswert ist die Form, in der die Hafengemeinschaft gebildet und verwaltet werden soll. Vorgezogen ist, wie aus dem Vertrag zu entnehmen, die Gründung einer Aktiengesellschaft. In diese können beide Städte über im Hafengebiet liegenden Grundstücke, Beteiligungen und Baulanlagen in Anrechnung auf das Grundkapital ein, und zwar nach dem vom 31. März 1929 zu fälligen Einlage. Die Mittel für den Ausbau sollen durch das Gesellschaftskapital und Aufnahme von Anteilen geschaffen werden, unter Vorbehalt der beiden Länder.

Für den Betrieb der Hafengemeinschaft erforderlichen Zuschüsse werden von beiden Ländern in gleicher Höhe jährlich geleistet. Hamburg soll nicht verpflichtet sein, mehr als 25 Millionen Reichsmark in den nächsten fünf Jahren zu zahlen. Der Verwaltungsrat, der zu fälligen Geschäftsbetrieb vorläufig gebildet unter dem Vorbehalt einer unparteilichen mit den Hamburger Reichstagen vertrauten Vorsitzenden. Bestimmte Kautelen werden dafür geschaffen, daß durch den fortschreitenden Ausbau der nicht in die Hafengemeinschaft einbezogenen neuen Hamburger Häfen auf der Elbinsel Waiershof die Entwicklung des Hafengemeinschaftsgebietes nicht verunmöglicht oder verzögert wird.

Unter dieser Güterleistung steht die Abmündung, daß Umschlüge- und Lageranlagen, die an Land stehen, ohne Zustimmung Preußens nicht auf Waiershof, sondern nur auf den preussischen Elbinseln neu errichtet werden dürfen. Der Ausbau dieser genannten preussischen Hafens soll zu gefördert werden, daß bis zum 31. Dezember 1933 mindestens ein Betrag von 25 Millionen Reichsmark verausgabt wird. Unter anderem ist an neuen Bauten neben Ausbaggerungen und Verbreiterung von Elbarmen der Bau einer Brücke über den Elbarm Reiberberg geplant. Da in die Regulierung dieser Hafenteile die Kompetenz des Reichs-Kriegsministeriums, falls gegebenfalls das Reich einigte diese Anlagen herstellt oder die Anlagen für die Stadt. Da Hamburg bisher allein einen Frei-Hafen besitzt, nicht aber Preußen, sind alle Anlagen für die Einrichtung eines Hafengebietes auf Rattow-Waiershof vorgesehen.

Das Hafengebiet der Häfen der Hafengemeinschaft soll nach gleichen Grundregeln und in gleicher Höhe festgelegt werden, wie in Hamburger Hafen. Preußen erklärt sich weiter bereit, für die von Hamburg gewünschte Erweiterung des Spreeretzes auf preussischem Gebiet jede Unterstützung zu gewähren. Zur Sicherstellung der einheitlichen Verwaltung und der Betriebs-